

Anlage zum Beschluss vom 8. Dezember 2020				Anlage zum Beschluss vom 8. Dezember 2020			
Vizepräsidentin König	BVR Huber	BVRin Hermanns	BVR Müller	BVRin Kessal-Wulf	BVR Maidowski	BVRin Langenfeld	BVRin Wallrabenstein
I.	I.	I.	I.	I.	I.	I.	I.
Auslieferungsrecht							
Maßnahmen im Vollzug von Straftaft	Verfahren aus sämtlichen Rechtsgebieten, bei denen die Auslegung und Anwendung von Völkerrecht oder der Artikel 23, 24 und 59 GG mit Ausnahme der einzelnen menschenrechtlichen Gewährleistungen überwiegen	Steuerrecht (Einkommensteuer-, Kirchensteuer-, Körperschaftssteuer- und Umwandlungssteuerrecht)	Materielles und formelles Strafvollstreckungsrecht	Strafrecht und Strafverfahrensrecht, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist; sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden	Asylrecht	Parlamentsrecht, einschließlich der Vorlagen nach § 36 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Aufenthaltsrecht
Maßnahmen im Vollzug von Untersuchungshaft		Zwangsvollstreckungsrecht	Wahlrecht		Recht des öffentlichen Dienstes, einschließlich Verfahrensrecht soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist		Wiederaufnahme des Strafverfahrens (4. Buch StPO), einschließlich der Rehabilitierungs- und Kassationsverfahren
Maßnahmen im Vollzug von sonstigen Freiheitsentziehungen	Klageerzwingungsverfahren	Insolvenzrecht	Parteienrecht	Anordnung und Aufrechterhaltung von Untersuchungshaft, einschließlich einstweilige Unterbringungen nach § 126a StPO	Personalvertretungsrecht	Maßnahmen nach dem 1. Buch, 8. Abschnitt StPO in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Freiwillige Gerichtsbarkeit, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist
Maßnahmen im Vollzug von Unterbringungen	Zentralregistersachen	Kaufrecht	Privat- und Nebenklage	Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht	Waffenrecht	Strafrecht und Strafverfahrensrecht, soweit für das Strafverfahren das Oberlandesgericht als Revisionsinstanz zuständig ist	Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht
	Kommunalrecht, insbesondere Verfassungsbeschwerden gemäß § 91 BVerfGG		Parlamentsrecht, soweit die Stellung des einzelnen Abgeordneten den Schwerpunkt bildet, Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG	Recht des Versicherungswesens	Wohnungseigentumsrecht	Ordnungswidrigkeitenrecht	Petitionsrecht
	Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist		aus dem Staatskirchenrecht das Verfahren 2 BvR 934/19				Vertriebenenrecht
			Wohnungseigentumsrecht: Verfahren, die im Jahr 2017 eingegangen sind, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist				Wehr- und Ersatzdienstrecht, einschließlich Unterhalts-sicherungsrecht
							Gnadensachen
							Staatsangehörigkeitsrecht
						Staatskirchenrecht, einschließlich des Rechts der Dienstverhältnisse zu Religionsgesellschaften und des zugehörigen Disziplinarrechts soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	aus dem Strafverfahrensrecht: Wiedereinsetzung
							aus dem Recht des öffentlichen Dienstes die Verfahren 2 BvR 1330/16 und 2 BvR 2233/16
Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 1 Zehntel sowie die Verfahren, die bereits zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 2 Zehntel, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Allgemeines Zivilrecht: 2 Zehntel, sowie die Verfahren, die bereits dem Präsidenten Voßkuhle zugeteilt wurden, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist
Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.	Amtshaftungs-, Kostenrechts-, Prozesskostenhilfe-, Beratungshilfe- und Verzögerungsverfahren soweit Gebiete der originären Dezernatszuständigkeit betroffen sind.
II.	II.	II.	II.	II.	II.	II.	II.
Normenkontrollverfahren nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 2a, Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 6a, 6b BVerfGG)	Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Abs. 4 Satz 2, Artikel 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG (§ 13 Nr. 7 und 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Verfahren zur Feststellung der Verwirkung von Grundrechten nach Artikel 18 GG (§ 13 Nr. 1 BVerfGG)	Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Parteien nach Artikel 21 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 2 BVerfGG)	Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG) und öffentlichrechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), sofern sie Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht betreffen	Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist	Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG), sofern sie überwiegend den Umfang der Rechte und Pflichten der Parlamente und ihrer Organteile betreffen	Öffentlichrechtliche Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist
	Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG) und öffentlichrechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), bei denen die Auslegung und Anwendung der Artikel 23 oder 24 GG mit Ausnahme der einzelnen menschenrechtlichen Gewährleistungen überwiegen		Verfahren zum Ausschluss von Parteien von staatlicher Finanzierung nach Artikel 21. Abs. 3 GG (§ 13 Nr. 2a BVerfGG)	Bund/Länderstreitigkeiten nach Artikel 84 Abs. 4 Satz 2, Artikel 93 Abs. 1 Nr. 3 und 4 GG (§ 13 Nr. 7 und 8 BVerfGG), soweit sie Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht betreffen	Anklagen gegen den Bundespräsidenten nach Artikel 61 GG (§ 13 Nr. 4 BVerfGG)	Verfahren zur Feststellung des Fortgeltens von Recht als Bundesrecht nach Artikel 126 GG (§ 13 Nr. 14 BVerfGG)	Öffentlichrechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist
	Völkerrechtsqualifizierungsverfahren nach Artikel 100 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 12 BVerfGG)		Organstreitigkeiten nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 GG (§ 13 Nr. 5 BVerfGG) und öffentlichrechtliche Streitigkeiten innerhalb eines Landes nach Artikel 93 Abs. 1 Nr. 4 GG (§ 13 Nr. 8 BVerfGG), sofern sie den verfassungsrechtlichen Status politischer Parteien oder das Wahlrecht betreffen, sowie aus dem Parlamentsrecht, soweit die Stellung des einzelnen Abgeordneten den Schwerpunkt bildet		Richteranklagen nach Artikel 98 Abs. 2 und 5 GG (§ 13 Nr. 9 BVerfGG)		
	Verfahren in der Zuständigkeit des Zweiten Senats, soweit nicht ein anderer Richter zuständig ist		Wahlprüfungsbeschwerden nach Artikel 41 Abs. 2 GG (§ 13 Nr. 3 BVerfGG)				
			Nichtanerkennungsbeschwerden nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4c GG (§ 13 Nr. 3a BVerfGG)				